



© Ralph Sonderrmann

Roland Staude und Paul Ziemiak

Im Interview mit dem DBB NRW Magazin: der neue Generalsekretär des CDU NRW, Paul Ziemiak (MdB). Er hält eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst für notwendig, findet Co-Working eine gute Idee und meint, dass der Bund die Kommunen im Stich lässt. Das ausführliche Interview hier im Magazin ab Seite 2.

Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst gescheitert

Einkommensrunde Bund und Kommunen geht in die Schlichtung.

dbb-Verhandlungsführung **Ulrich Silberbach** zeigte sich von den erfolglosen Verhandlungen am 30. März 2023 in Potsdam enttäuscht. Da wäre zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen, so Silberbach. „Wir müssen Reallohnverluste verhindern und brauchen einen nachhaltigen Inflationsausgleich.“

Die Gewerkschaften haben nach der erfolglosen dritten

Verhandlungsrunde die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die Arbeitgeberseite hat inzwischen die Schlichtung angerufen. Sie beginnt am 6. April 2023 und muss im Laufe der darauffolgenden Kalenderwoche beendet sein.

Zwischen Tarifvertragsparteien stellt die Schlichtung den Versuch dar, tarifliche Streitigkeiten unter Beteiligung unabhängiger Dritter – der Schlichter – zu lösen. ■



© F. Windmüller

Der dbb Chef Ulrich Silberbach bei einer der vielen Demonstrationen zur Einkommensrunde Bund und Kommunen

2 Öffentlicher Dienst: extrem wichtig

Interview mit
Generalsekretär
der CDU NRW



5 Gewalt gegen Beschäftigte

Sitzung der Arbeits-
gemeinschaft Justiz
Nordrhein-Westfalen



7 Sicherheitskonferenz: dbb jugend nrw

Sicherheitskonferenz
mit NRW-Innen-
minister Herbert Reul



Attraktivität des öffentlichen Dienstes in NRW nur eine Worthülse?

Der öffentliche Dienst steht bei der Nachwuchsgewinnung in einem Wettbewerb mit der Privatwirtschaft

Um als öffentlicher Arbeitgeber attraktiv zu werden, sollen die Rahmenbedingungen in der Verwaltung verbessert werden. Dies hat die Landesregierung auch erkannt und deshalb schon in der Koalitionsvereinbarung eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst angekündigt.

Auch als Anreiz, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern und einen Beitrag für das Klima zu leisten, bietet das Deutschlandticket für 49 Euro hierzu eine kleine Chance, da viele Arbeitgebende dies auch noch zusätzlich mit 25 Prozent subventionieren. Das Land NRW zeigt sich bei einer Subventionierung jedoch unflexibel. Keine Zahlung an die Beschäftigten

ohne Rechtsgrund oder ohne tarifrechtliche Regelung ist die Begründung.

Für eine solche Begründung zeigt der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, wenig Verständnis: „Bei 24 000 Leerstellen in der Landesverwaltung möchte ich nicht hören, warum einige Dinge nicht umsetzbar sind, sondern wie sie umgesetzt werden.“

Mit einer solchen Denke werde der öffentliche Dienst im Bereich der Nachwuchsgewinnung weiter ins Hintertreffen geraten. Wenn sich der öffentliche Dienst schon bei einem

solchen Thema schwertue, wie soll dann eine nachhaltige Modernisierung gelingen, so Staude. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes dürfe zu keiner Worthülse mutieren. ■



© Westlight/stock.adobe.com

Interview

Wir brauchen einen zukunftsfähigen, attraktiven und stabilen öffentlichen Dienst

Interview mit dem Generalsekretär der CDU NRW, Paul Ziemiak (MdB)

Mit dem neuen Generalsekretär des CDU-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, Paul Ziemiak (MdB), haben der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Staude, und der Chefredakteur des DBB NRW Magazins, Hans-Joachim Klein, ein Interview in der CDU-NRW-Landesgeschäftsstelle in der Wasserstraße in Düsseldorf geführt.

sondern für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

DBB NRW: Dann setzen Sie sich auch für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ein?



Roland Staude und Paul Ziemiak

© Ralph Sonderrmann (3)

DBB NRW: Herr Ziemiak, wie wichtig sind Ihnen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst?

Paul Ziemiak: Für uns als CDU, als die Partei, die mit der Landtagsfraktion die Regierung hier in Nordrhein-Westfalen in der Koalition von Schwarz-Grün trägt, ist die Beamtenschaft, ist der öffentliche Dienst extrem wichtig. Denn wir sind uns bewusst, was die Beschäftigten in den unterschiedlichsten Aufgabenfeldern Tag für Tag leisten. Leisten nicht für irgendwen,

Paul Ziemiak: Wir erleben, dass der öffentliche Dienst unter Druck steht. Und das von mehreren Seiten gleichzeitig. Es geht dabei nicht um weniger als um die Frage: Wie sieht die Zukunft des öffentlichen Dienstes aus?

Man erlebt in der Öffentlichkeit, dass immer mehr der Respekt verloren geht. Von Einsatz- und Verwaltungskräften, über Beschäftigte in der Pflege oder Busfahrer – viele haben verbale, aber auch körperliche Angriffe im Dienst erfahren.

Das ist etwas, dass mich sehr beschäftigt und wo Politik alles dafür tun muss, beispielsweise die Menschen zu schützen, die Menschen schützen.

Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst ist notwendig

Im Wettbewerb um unsere Fachkräfte muss der öffentliche Dienst auch in Zukunft attraktiv bleiben. Deshalb finde ich es richtig, was die Landesregierung bereits in den letzten Jahren unternommen hat, um die Attraktivität des Berufsfeldes zu steigern. Und darum geht es mit einer Attraktivitätsoffensive weiter, die der Finanzminister bereits angekündigt hat.

Ein möglichst hohes Maß an Flexibilität und Individualität sind aus meiner Sicht hier entscheidend. Denn die Lebensentwürfe heutiger und künftiger Generationen weichen doch teilweise deutlich voneinander ab.

DBB NRW: Das Thema Co-Working ist unseres Erachtens ein wichtiges Thema für die Zukunft, um damit auch Werbung bei jungen Leuten zu machen. Das Land hat viele Immobilien, man muss keine neuen Gebäude bauen. Wir denken z. B. an den Bereich der Finanzämter. Wir sind ein Verfechter der Implementierung von Co-Working, denn damit fallen Wege- und Rüstzeit weg.

Paul Ziemiak: Ob Finanzämter oder andere Gebäude – ich finde es sinnvoll, wenn das Land solche Optionen prüft und Objekte, in denen sich Co-Working realisieren lässt, für ein solches Angebot zur Verfügung stellt.

DBB NRW: Letztlich spielt auch eine bessere Bezahlung eine Rolle.

Paul Ziemiak: Auch, aber nicht ausschließlich. Deshalb hat das Land Nordrhein-Westfalen allein im vergangenen Jahr rund eine Milliarde Euro mehr ausgegeben, um den öffentlichen



Paul Ziemiak

Dienst auch dahingehend attraktiver zu machen.

DBB NRW: Sie meinen damit die Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 2020 und auch die Übertragung der Tarifiergebnisse im letzten Jahr?

Paul Ziemiak: Ja, die Übertragung der Tarifiergebnisse, die Besoldungserhöhung ab dem Dezember 2022 um 2,8 Prozent. Aber auch die steuerfreien Corona-Sonderzahlungen und die Änderungen und Strukturzulagen für die Besoldungsgruppen A 5 bis A 10.

Die Familienzuschläge, die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale. Letzteres ist lange nicht in jedem Bundesland der Fall. Und schließlich der Einstieg bei den Lehrerinnen und Lehrern der Primar- und Sekundarstufe 1 in die Besoldungsgruppe A 13.

DBB NRW: Das erkennen wir als DBB NRW durchaus an. In Anbetracht der derzeitigen hohen Inflation sehen wir dennoch weiteren Handlungsbedarf.

Paul Ziemiak: Sie haben recht. In Anbetracht gravierender Veränderungen, den steigenden Preisen, bei der Inflation.

Es ist genau richtig, dass der Bund mit den Hilfspaketen, an denen sich auch Nordrhein-Westfalen ganz maßgeblich beteiligt, den Menschen bei der finanziellen Bewältigung dieser Situation hilft.

Unterstützungspaket mit einem Volumen von 1,6 Milliarden Euro

Das Land NRW hat im Dezember vergangenen Jahres Maß-

nahmen für ein Unterstützungspaket initialisiert, welches mit einem Volumen von 1,6 Milliarden Euro gerade in den Bereichen helfen soll, die von den Folgen des russischen Angriffskrieges besonders betroffen sind. Davon profitieren auch die Bediensteten des öffentlichen Dienstes.

Auf dieses Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser angespannten Finanzlage möchte ich besonders hinweisen. Leider erfährt man von der Opposition diesbezüglich im Landtag keine Unterstützung.

DBB NRW: Wie sehen Sie die Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen?



Im Interview mit dem DBB NRW Magazin

Paul Ziemiak: Es ist deutlich wahrnehmbar, dass gerade die kommunale Familie extrem unter Druck steht. Die Kommunen sind besonders gefordert, denn es geht von der einen Krise in die nächste. Vor Ort muss alles praktisch umgesetzt und bewältigt werden.

Bund lässt die Kommunen im Stich

Und nun sind seit einem Jahr die Kommunen erneut gefordert. In der Situation, wo Tausende Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kommen, sehe ich allerdings, dass der Bund die Kommunen im Stich lässt.

Die Beteiligung des Bundes bei der Flüchtlingskrise 2015/2016 war deutlich höher als jetzt. Wir als CDU in Nordrhein-

Westfalen wollen nicht, dass Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden. Dies ist nur eine Zeit lang unter diesen Bedingungen möglich. Mittlerweile sind vielerorts die Aufnahmekapazitäten aber bereits überschritten. Da geht es nicht mehr um die Frage der finanziellen Unterstützung, sondern darum, dass Kommunen Menschen schlichtweg nicht mehr aufnehmen können. Auch das muss in Berlin klar sein.

Die Situation muss der Bund mit den europäischen Partnern besprechen und vor allem muss der Bundeskanzler das Thema endlich zur Chefsache machen. So kann man nur verfahren, wenn man keine Ahnung davon hat, was vor Ort

los ist. Menschen, denen wir Schutz bieten, müssen auch vernünftig untergebracht und versorgt werden.

DBB NRW: Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit dem Bundesinnenministerium (BMI) und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die Beschäftigten von Bund und Kommunen sind schwierig.

Paul Ziemiak: Lassen Sie uns nicht um den heißen Brei herumreden: Es ist für beide Seiten der Tarifparteien momentan auch eine schwierige Situation. Und ich kann beide Sichtweisen nachvollziehen. Natürlich wäre ein deutliches Lohnplus für die Beschäftigten gerade jetzt wünschenswert. Die haushälterischen Spielräume und die fi-

nanzielle Planbarkeit der Arbeitgeberseite sind aber derzeit deutlich eingeschränkt.

DBB NRW: Zu Ihrer Aussage passt dann aber nicht die Passage im Koalitionsvertrag in NRW, in der von der Einführung der pauschalierten Beihilfe die Rede ist.

Das duale System aus GKV und PKV funktioniert ausgezeichnet

Paul Ziemiak: Im Zukunftsvertrag bekennt sich die Koalition klar zum Berufsbeamtentum mit seinen drei Säulen aus Alimentation, Beihilfe und Versorgung.

Und er sieht vor, eine einmalige Wahlmöglichkeit am Anfang des Beamtenverhältnisses einzuführen, nach der auf Antrag eine pauschale Beihilfe in Höhe des jeweiligen Arbeitgeberbeitrages zu einer Krankenvollversicherung alternativ zur bisherigen individuellen Beihilfe gezahlt würde. Damit könnte man Berufseinsteigern eine Erleichterung bei der Versicherungswahl bieten, indem das Land für die Einsteiger, die in der freiwilligen GKV bleiben möchten, den hälftigen Beitrag zur GKV übernimmt.

Eine Wahlmöglichkeit zu schaffen bzw. zu erleichtern klingt für mich zunächst mal attraktivitätssteigernd. Außerdem würde man diese Möglichkeit zunächst zeitlich befristen und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit evaluieren.

Um es klar zu sagen: Das duale System aus GKV und PKV funktioniert ausgezeichnet und es gibt keinen Anlass, das System infrage zu stellen.

DBB NRW: Kommen wir zum Thema „Gewaltzone öffentlicher Dienst“. So hat es an Silvester wieder blinde Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gegeben.

Paul Ziemiak: Ja, ich habe es bereits eingangs angesprochen. Und dann liest man im Zusammenhang mit solchen Gewalt-



Paul Ziemiak bei der Nachtschicht von Polizistinnen und Polizisten der Polizei in Hemer

exzessen gegen Sicherheitskräfte, man müsse die Menschen auch verstehen, da habe sich aus Frust Gewalt angestaut.

Gewalt darf niemals relativiert bzw. legitimiert werden

Dazu möchte ich ausdrücklich sagen: Wir dürfen nie in irgendeiner Weise dazu kommen, dass Gewalt relativiert bzw. legitimiert wird. Und das nicht nur gegen den Staat, sondern gegen jeden Menschen. Unser Ministerpräsident Hendrik Wüst hat dies auch kürzlich noch mal bekräftigt.

In jeder Uniform steckt ein Mensch, der im Auftrag des Staates Recht und Gesetz durchsetzt. Wir leben zum Glück in einem Rechtsstaat, der garantiert, dass man Rechte hat und sie auch wahrnehmen kann. Der aber auch Recht und Gesetz durchsetzen kann und muss.

Noch eine Anmerkung: Bei Rettungskräften, die gerade im Einsatz sind, um anderen Menschen zu helfen, dann diese Situation auszunutzen um Straftaten zu begehen. Welcher Mensch kommt überhaupt auf so eine abscheuliche Idee?

DBB NRW: Haben Sie persönlich einmal einen Einsatz, beispielsweise bei der Polizei, begleitet?

Paul Ziemiak: Sowohl als Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen wie auch als Bundestagsabgeordneter bin ich viel im Land unterwegs und treffe dabei Menschen in den unterschiedlichsten Lebens-

und Arbeitsbereichen. Ich pflege dabei natürlich auch den Kontakt vor Ort. Sei es mit den kommunalen Verantwortlichen oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter und der Ausländerbehörden.

Zu Ihrer Frage ganz konkret: Ich bin regelmäßig mit den Beamtinnen und Beamten unserer Polizei auf Streife und begleite sie bei ihrer Arbeit, um einen realistischen Einblick in ihren Dienst für uns zu erhalten. Erst kürzlich war ich im Rahmen einer Nachtschicht mit der Polizei in Hemer unterwegs.

Das Wissen darum, was der öffentliche Dienst leistet, ist entscheidend, wenn man politische Beschlüsse treffen will, an deren Umsetzung die Menschen anschließend arbeiten müssen. Ich würde jedem Abgeordneten, ob im Landtag, im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament, sehr empfehlen, bei der Bundespolizei, einer Landespolizei oder auch bei der Justiz mit dabei zu sein, um mit eigenen Augen zu sehen, was dort geleistet wird.

DBB NRW: Das können wir bestätigen. Vom grünen Schreibtisch aus kann man nicht beurteilen, was täglich vor Ort geleistet wird.

Abschließend noch das Thema Krisenprävention. Eine wesentliche Komponente im Krisenmanagement von Behörden und öffentlichen Einrichtungen ist die systematische Vorbereitung auf mögliche Ereignisse. Sind wir ausreichend vorbereitet?

Paul Ziemiak: Das halte ich für ein sehr wichtiges Thema. Was passiert, wenn der Strom ausfällt, wie sieht dann die Versorgung der Krankenhäuser aus? Sind wir eigentlich unabhängig von internationalen Lieferketten und -strömen?

Ich möchte gern ein Beispiel nennen: Der Bundesgesundheitsminister scheint immer noch in seinem Coronathema gefangen zu sein. Gleichzeitig bin ich in großer Sorge um die Tatsache, dass wir bei der Herstellung und Lieferung von Arzneimitteln so abhängig sind, insbesondere von China und Indien. Während der Coronapandemie waren Medikamente im onkologischen Bereich nicht verfügbar. Vor Weihnachten traten dann die Schwierigkeiten bei der Lieferung von Antibiotika und Fiebersäften für Kinder auf. Wenn ich mir anschau, wie viele der Grundstoffe für die Fertigung der Produktion von Antibiotika aus China kommen, dann wundere ich mich doch sehr, dass der Minister dieses Thema nicht behetzter angeht.

Resilienz ist der Schlüsselbegriff. Der betrifft alle staatlichen Ebenen und darin alle lebenswichtigen Bereiche. Der Staat und damit sind wir auch wieder bei den Bediensteten des öffentlichen Dienstes, hat hier eine Mammutaufgabe vor der Brust.

Die Politik kann sich davor nicht wegducken. Das bringt uns nicht weiter, denn Wegducken löst keine Probleme. Wir haben in den vergangenen Monaten genug Beispiele aufgezeigt bekommen, an denen gearbeitet werden muss. Es liegt an uns, die Dinge anzupacken und gleichzeitig den öffentlichen Dienst in die Lage zu versetzen, die Beschlüsse und Maßnahmen umzusetzen. Dazu braucht es einen zukunftsfähigen, attraktiven und stabilen öffentlichen Dienst.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch wurde am 17. Februar 2023 geführt. ■

Treffen der dbb Landesbünde in Fulda

Die Landesbünde innerhalb des dbb hatten sich im März zu einer Klausursitzung im hessischen Fulda getroffen. Im Mittelpunkt der Klausur stand die Besoldungs- und Versorgungsentwicklung in den einzelnen Bundesländern.

Als Fazit stellte der Sprecher der Landesbünde, der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**, fest, dass es kaum

noch eine Möglichkeit gibt, die Entwicklung in den Ländern zu vergleichen, da die Länder sich an der Kreativität zur Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsrechts regelrecht überbieten. Leider spielen hierbei inzwischen die hausrechtlichen Rahmenbedingungen wieder die entscheidende Rolle. Darüber hinaus bildeten die Einkommensrunden 2023 einen weiteren Schwerpunkt der Gespräche. ■



Unter dem Vorsitz von Roland Staude tagten die Vertreterinnen und Vertreter in Fulda.

DBB NRW Frauenvertretung

Spannendes Programm mit kompetenten Referentinnen

9. Frauenpolitische Fachtagung der DBB NRW Landesfrauenvertretung

Die Abteilungsleiterin im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung und Integration des Landes, **Birgit Wehrhöfer**, und die Geschäftsführerin Westfälischer Heimatbund und Sprecherin Netzwerk bürgerschaftliches Engagement, **Dr. Silke Eilers**, sowie die Vorsitzende FrauenRat NRW, **Andrea Rupp**, konnten u. a. als Referentinnen für die Fachtagung gewonnen werden.

Das Programm für die 9. Frauenpolitische Fachtagung der DBB NRW Landesfrauenvertretung am 18. April 2023 sieht vor, dass **Diana Wedemeier**, Vorsitzende der DBB NRW Landes-

frauenvertretung die Tagung eröffnet. Grußworte sprechen die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, **Milanie**

Kreutz, und der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staude**. Die Moderation der Veranstaltung

hat die Radiomoderatorin **Laura Rohrbeck** übernommen.



© Reelidream/istock.adobe.com

Zentraler Inhalt der Tagung werden die beiden Impulsvorträge „Unverzichtbar für eine lebendige Demokratie – bürgerschaftliches Engagement in NRW“ (Dr. Silke Eilers) und „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Hintergründe und Perspektiven zur Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt“ (Andrea Rupp) sein. Diana Wedemeier und ihr Team freuen sich auf eine rege Teilnahme und eine interessante Veranstaltung. Über die Tagung wird ausführlich in der nächsten Ausgabe des DBB NRW Magazins berichtet. ■

DBB intern

Gewalt gegen Beschäftigte im Justizbereich

Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Justiz Nordrhein-Westfalen (AGJ NRW)

Zur ersten Mitgliederversammlung der AGJ NRW im DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion trafen sich am 1. März 2023 die Vertreterinnen und Vertreter der Justiz-Fachgewerkschaften unter der Leitung ihres Vorsitzenden **Achim Hirtz** in der Geschäftsstelle des DBB NRW.

Der DBB NRW Vorsitzende **Roland Staude** konnte den anwesenden Gewerkschaftsvertretern die aktuelle gewerkschaftspolitische Lage darstellen und ging insbesondere auf die laufende Tarifverhandlung von Bund und Kommunen ein, die sicherlich auch richtungsweisend für

die im Herbst stattfindenden Tarifverhandlungen der Länder sind.

Im weiteren Verlauf wurde die Thematik Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und hier speziell im Justizbereich thematisiert. Die AGJ wird sich diesem Thema mit

Nachdruck widmen, um betroffenen Kolleginnen und Kollegen die bestmögliche Hilfestellung anbieten zu können. Aber auch um im Bereich der Prävention die bestehenden Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Bereits heute haben Kolleginnen und Kollegen, die Opfer von Gewalttaten geworden sind, die



Von links nach rechts: Björn Benkhoff (Vorsitzender BDR NRW), Rainer van Wickeren (Vorsitzender DAAV NRW), Klaus Plattes (Vorsitzender DJG NRW), Sandra Schmidt (Vorstandsmitglied BDR NRW), Roland Staude (Vorsitzender DBB NRW), Frank Neuhaus (Vorsitzender DGVB NRW) und Achim Hirtz (stellv. Vorsitzender BSBD NRW).

Möglichkeit, über das Sozialwerk des Gerichtsvollzieherbundes Unterstützung zu bekommen (siehe Infokasten).

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde auch die Organi-

sation der Wahlen der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) für den Justizbereich einschließlich des Justizvollzuges erörtert. Die jungen Auszubildenden und Beamtenanwärterinnen und

-anwärter wählen am 11. Mai 2023 ihre Interessenvertretung auf überörtlicher Ebene und haben damit die Möglichkeit, ihre besonderen Interessen in den Gremien der Hauptpersonalräte direkt vorzutragen.

Abschließend war man sich einige, alsbald auch wieder die Gespräche mit den rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen aufzunehmen. ■

Arbeitsgemeinschaft Justiz NRW (AGJ NRW)

Die AGJ NRW ist ein Zusammenschluss folgender Justiz-Fachgewerkschaften im DBB NRW:

Bund deutscher Rechtspfleger (BDR), Deutscher Anwaltverein (DAAV), Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG), Deutscher Gerichtsvollzieherbund (DGVB) und Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD).

Sozialwerk des DGVB e. V.

Das Sozialwerk hat sich u. a. die Hilfe für Opfer und Betroffene von Gewalt- und Straftaten und deren Angehörige zum Ziel gesetzt. Weitere Infos: www.sozialwerk-dgvb.de

Kurz nachgefragt

Kurz nachgefragt ...

... beim Vorsitzenden des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes NRW

Aus aktuellem Anlass fragt das DBB NRW Magazin beim Vorsitzenden des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes, Landesverband Nordrhein-Westfalen, **Frank Neuhaus**, nach.

DBB NRW Magazin: Die hohe Inflation und weitere zusätzliche Kosten machen derzeit den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern zu schaffen. Wie sieht es konkret aus? Und ist Hilfe durch den Arbeitgeber in Sicht?

Frank Neuhaus: Unsere Einkommen sinken real. Denn unsere Aufträge brechen weg. Derzeit sind wir nur zu rund 75 Prozent belastet. Damit brechen aber auch unsere Einnahmen weg, weil wir durch unsere Gebühren unsere Büros finanzieren.

Daneben explodieren unsere Kosten, weil die Büromieten, die Löhne unserer Mitarbei-

ter und selbst das Porto durch die Decke gehen. Daneben bezahlen wir die gesamte Umstellung unserer Büros auf den elektronischen Rechtsverkehr. Und das ist sehr teuer.

Die Justiz hat sich hier aus der Verantwortung gestohlen und leitet die Kosten an uns weiter. Viele Kolleginnen und Kollegen müssen schon auf ihre Besoldung zurückgreifen, um ihre laufenden Unkosten zu bezahlen. Das halten wir rechtlich für sehr problematisch. Und das haben wir dem Justizminister auch schon mitgeteilt. Wir hoffen sehr, dass wir noch in diesem Jahr Hilfe bekommen.

DBB NRW Magazin: Zum Thema „Gewalt und Aggressionen gegen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher“ hat der hessische Beamtenbund einen For-

schungsbericht erstellen lassen, der eine Vielzahl von Maßnahmen für Ihre Berufsgruppe vorsieht. Wie sieht es diesbezüglich in Nordrhein-Westfalen aus?

Frank Neuhaus: Die Studie in Hessen hat ergeben, dass wir Gerichtsvollzieher den gefährlichsten Beruf in der Justiz haben. Das ist für uns nicht so erstaunlich. Denn wir müssen Menschen aus ihren Wohnungen räumen, Kinder wegnehmen oder im Winter das Gas abstellen.

Wir sind immer alleine unterwegs und ungeschützt. Aus Sicht vieler Gewalttäter somit leichte Beute. Das Schlimmste für uns ist, dass die Justizverwaltung uns nicht überall unterstützt. Vor gar nicht so langer Zeit mussten sich unsere Nachwuchskräfte im Oberlandesgericht Hamm von hoher Stelle anhören, dass



Frank Neuhaus

„Beleidigungen und Bedrohungen von der Besoldung abgedeckt“ seien.

Wir sind der Auffassung, dass jede Bedrohung und Beleidigung von Kolleginnen und Kollegen angezeigt gehören und gerichtlich verfolgt werden müssen. Beim Oberlandesgericht Köln wird das z. B. besser gehandhabt. Kurzer Draht und direkte Infos untereinander. Das hilft. Aber eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. ■

Wussten Sie schon?

Kommunale Arbeitgeber in NRW beschäftigen fast 600 000 Menschen

Knapp zwölf Prozent hiervon sind verbeamtet.

558 990 Personen sind Ende Juni 2021 bei öffentlichen kommunalen Arbeitgebern beschäftigt gewesen. 376 855 und damit mehr als zwei Drittel (67,4 Prozent) von ihnen waren im öffentlichen Dienst tätig.

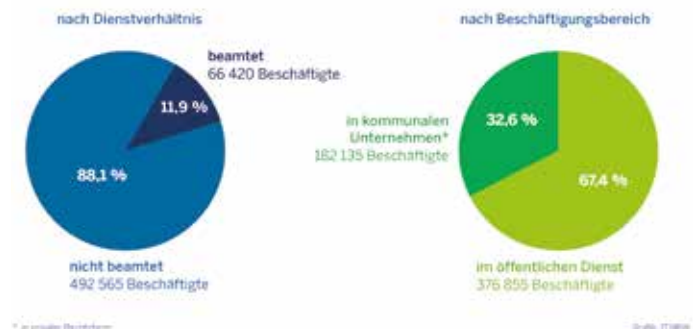
182 135 Personen (32,6 Prozent) arbeiteten bei kommunalen Unternehmen in privater Rechtsform, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist.

Mit 84 865 Personen war die innere Verwaltung (hierzu ge-

hören z. B. Bürgerämter, Kämmerereien, Bezirksvertretungen und kommunale Rechenzentren) der Einzelbereich mit den meisten Beschäftigten. 98,5 Prozent von ihnen arbeiteten im öffentlichen Dienst; mehr als jede/-r Vierte war beamtet.

In der Ver- und Entsorgung (hierzu gehören Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung sowie die Abfall- und Abwasserwirtschaft) waren 70,4 Prozent der 67 835 Beschäftigten in kommunalen Unternehmen in privater Rechtsform tätig.

Beschäftigte im kommunalen Bereich Nordrhein-Westfalens am 30. Juni 2021



Der Anteil der nicht beamteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag bei 99,1 Prozent.

98,7 Prozent der 62 180 Beschäftigten im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (u. a. in Kindergärten) arbeiten für den öffentlichen Dienst. Im Bereich Verkehrsflächen Verkehrsanlagen und öffentlicher Personennahverkehr waren dagegen 75,1 Prozent der 43 560 Beschäftigten in privaten kom-

munalen Unternehmen tätig. Mit einem Anteil von 50,5 Prozent waren im Bereich Sicherheit und Ordnung mit 45 840 überdurchschnittlich viele Beamtinnen und Beamte beschäftigt; im Bereich Brandschutz lag der Anteil der Verbeamteten sogar bei 90,7 Prozent.

Dies hat Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitgeteilt.

dbb jugend nrw

„Sie bleiben dran und quatschen nicht nur!“

NRW-Innenminister Herbert Reul spricht auf der 9. Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw.

Beschäftigte im öffentlichen Dienst bekommen ihre eigene Todesanzeige zugeschickt, es fliegen Gullideckel auf Polizisten, Klinikbeschäftigte werden bespuckt. „Das darf und will ich nicht hinnehmen“, kommentiert der Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, auf der 9. Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw. Wie der Innenminister den Problemen unaufhörlich steigender Übergriffzahlen begegnen will, machte er bei dem Treffen in Düsseldorf deutlich.

„Ich komme heute gerne zu Ihnen, weil Sie dranbleiben und nicht nur quatschen“, mit diesen Worten begrüßte NRW-Innenminister **Herbert Reul** die Mitglieder der Deutschen Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw). Diese waren aus allen Ecken des Bundeslandes und sogar – wie die stellvertretende Bundesjugendleiterin **Sandra Heisig** – aus Berlin angereist. Nicht ohne Grund: Noch heute ist das Anliegen der jungen Beschäftigten nach mehr Schutz

und Sicherheit an ihren Arbeitsplätzen in Kliniken, Jobcentern oder Finanzbehörden ebenso drängend wie zur ersten Sicherheitskonferenz im Jahr 2015.

9 600 Angriffe zählt die gerade eben erschienene Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) allein auf Einsatz- und Rettungskräfte in NRW – in Zehnjahreshoch. Auch gegen Beschäftigte anderer Bereiche des öffentlichen Dienstes nehmen Hass und Gewalt immer weiter zu:

In Krankenhäusern kommt es immer öfter zu gefährlichen, lebensbedrohlichen Angriffen auf das Klinikpersonal. „Selbst Kollegen und Kolleginnen in den Bürgerbüros benötigen inzwischen Schulungen in Selbstschutz“, sagt **Susanne Aumann**, Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend.

Innenminister schockiert über geringe Anzeigenzahl

In Summe hat ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst persönlich schon einen Übergriff erlebt, wie aus einer von Innenminister Reul zitierten Studie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer hervorgeht. Das jedoch sei, wie Aumann betont, nur das Hellfeld. Denn lange nicht jeder Übergriff werde gemeldet.

Denn was man im bundesweiten Forschungsprojekt AMBO-Safe herausfand: Sieben von zehn Übergriffsfällen werden nicht angezeigt. „Dieses Ergebnis macht mich fassungslos“, so der Minister wörtlich. „Diese Menschen dienen der Gesellschaft, dem Staat und diesem Land. Sie übernehmen Verantwortung für andere Menschen.“ Es sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit, seiner Arbeit unbeschadet nachgehen zu können. Doch in manchen Bereichen klingt es immer noch durch, es gehöre in gewisser Weise zum Job, sich anpöbeln oder angreifen zu lassen.

Hinzu kommt: In einem Viertel der Behörden, die an einer Studie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer teilnahmen, werden Übergriffe

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Hans-Joachim Klein

Redaktion: Markus Klügel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

nicht einmal dokumentiert. In den Kommunen sind dies sogar 39 Prozent.

Werteverbundenheit lässt sich nicht verordnen

Sinkende Hemmschwellen und mangelnde Wertschätzung sind an der Tagesordnung. Eine der zahlreichen Ursachen: „In Zeiten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Einwanderung beobachtet man, dass der Normenkonflikt größer wird und dass sich Menschen außerhalb der Gesellschaft fühlen“, sagt Reul. Zu ähnlicher Einschätzung kommt auch Gewaltforscher Ulrich Wagner im Gespräch mit der dbb jugend nrw. Dass sich jedoch Menschen an Regeln halten und Werte mittragen, könne man nicht verordnen. „Dafür müssen wir Zustimmung und Akzeptanz organisieren“, so der Innenminister.

Neben Mitbeteiligung und dem Ringen um Akzeptanz allgemeiner Werte ist es aus Sicht des Innenministers jedoch auch wichtig, präventiv tätig zu werden. Einen Baustein da-



NRW-Innenminister Herbert Reul war Keynote-Speaker auf der 9. Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw.

für habe die Landesregierung unter anderem durch das Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst“ geleistet, betont Aumann. Es liefere inzwischen landesweit Ideen und zahlreiche Praxisbeispiele dafür, wie man Arbeitsplätze und Abläufe konkret sicherer gestalten könnte. Für die Beschäftigten sei es wichtig, dass solche Angebote langfristig und nachhaltig gefördert werden.

Schwarmwissen sollte genutzt werden

„Ich finde den blauen Brief der Stadt Wuppertal toll“, sagt Reul. Dieser wird an Bürger versandt, die durch auffälliges

Verhalten in den Behörden sichtbar wurden. Über das inzwischen auf über 1000 Mitglieder aus über 350 Behörden angewachsene Präventionsnetzwerk werde es möglich, Schwarmintelligenz zu nutzen und Best-Practice-Beispiele aufzuspüren, wie Aumann betont. Einig zeigten sich Aumann und Innenminister darin, dass eine solche Netzwerk- und Präventionsarbeit wichtig sei. „Wir brauchen über ein solches Netzwerk hilfreiche Tipps für jeden“, so der Innenminister. Daneben sei jedoch auch die Strafverfolgung unerlässlich. Besonders gut funktioniere das dort, wo Sonderdezernate eingerichtet seien, die sich

spezialisiert mit solchen Übergriffen befassen.

Unterstützung durch Minister: „Machen Sie es öffentlich!“

Zu Problemen wie beispielsweise denen von den Mitgliedern in den Kliniken vorgetragen rät Reul: „Machen Sie es öffentlich! Ich habe das bislang noch nicht so gesehen“, und empfahl daneben auch den Austausch mit den jeweils zuständigen Ministerien. Er werde die Anliegen weitertragen.

„Als wir unsere Kampagne ‚Gefahrenzone öffentlicher Dienst‘ auf angegriffen.info im Jahr 2015 starteten, hätte niemand gedacht, dass wir heute noch genau wie damals an dieser Sache dran sind. Aber wir müssen es bleiben und diese Arbeit fortsetzen“, stellt Aumann heraus. Aus diesem Grund seien weitere Gespräche mit der Politik geplant. „Das bleibt genauso, wie der Innenminister es beobachtet hat: Wir quatschen nicht nur, sondern bleiben dran, packen an und denken in Lösungen“, sagt Aumann. MK